

Untersuchung zur Wirtschaftspolitik [U 106]

Redistributionspolitik und föderale Ordnung

Von *Achim Dercks*

Die vorliegende Studie diskutiert die häufig vertretene Ansicht, daß in föderalen Ordnungen eine Redistributionspolitik auf dezentraler Ebene nicht möglich sei: Die Abwanderung der Reichen schmälere die Steuerbasis, so daß die Umverteilungslasten der Verbleibenden steigen. Verstärkt würde die Entwicklung zur "Zero-Redistribution" durch den Wunsch der Einkommensschwachen, in eine transferzahlende Region einzuwandern. Nach Ansicht des Verfassers berücksichtigt diese Standardargumentation der Wohlfahrtsökonomik nicht die Wirkungen unterschiedlicher ordnungspolitischer Regelsysteme. Als alternativer Rahmen der Analyse wird in der Studie die Vertragstheorie herangezogen. Regeln für den sozialen Ausgleich sind danach als Bestandteil eines Gesellschaftsvertrages notwendig, um eine allgemeine Zustimmung zur marktwirtschaftlichen Ordnung zu erzielen. Die ökonomische Analyse der staatlichen Transfertätigkeit in föderale Ordnungen bestätigt die Vorteilhaftigkeit einer Dezentralisierung. Hierzu ist eine konstitutionelle Verankerung der dezentralen Ordnungskompetenz für redistributive Fragen erforderlich. Es wird eine Wanderungsordnung skizziert, die einen Rahmen schafft für die weitgehende Freiheit der individuellen Wohnortwahl, den Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt und die Ausnutzung der dynamischen Vorteile einer dezentralen Redistributionspolitik. Die vorgeschlagenen Regeln können unerwünschte Wanderungen der Transferempfänger verhindern. Eine Zentralisierung der Redistributionspolitik ist daher keineswegs generell erforderlich.

Achim Dercks: Redistributionspolitik und föderale Ordnung.

Köln 1996. 221 Seiten.

ISBN 3-921471-94-X. DM 52,--